

Bekanntmachung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019

1. Haushaltssatzung der Stadt Meinerzhagen für das Haushaltsjahr 2019

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW S.90), in Kraft getreten am 02.02.2018, hat der Rat der Stadt Meinerzhagen mit Beschluss vom 26.11.2018 wie folgt beschlossen:

§ 1 Ergebnis- und Finanzplan

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit	
dem Gesamtbetrag der Erträge auf	55.778.100 EUR
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	54.907.400 EUR
im Finanzplan mit	
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	52.174.350 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	50.303.300 EUR
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	4.917.000 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	9.591.000 EUR
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	5.981.300 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	2.734.000 EUR

festgesetzt.

§ 2 Kredite

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf

4.674.000 EUR

festgesetzt.

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

12.828.000 EUR

festgesetzt.

§ 4 Allgemeine Rücklagen

Eine Inanspruchnahme des Eigenkapitals soll nicht erfolgen.

§ 5 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

20.000.000 EUR

festgesetzt.

§ 6 Steuersätze

Die Steuersätze für die Gemeindesteuer werden für das Haushaltsjahr 2019 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer		
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	295	v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	575	v.H.
2.	Gewerbsteuer auf	450	v.H.

§ 7 Haushaltssicherungskonzept

entfällt

§ 8 Butgetierungsregeln

Zur flexiblen Haushaltswirtschaft können gem. § 21 GemHVO Budgets gebildet werden.

- Alle zahlungspflichtigen Aufwendungen auf Produktebene sind gegenseitig deckungsfähig. Die Summe der Aufwendungen ist für die Haushaltsführung verbindlich.
- Zweckgebundene Mehrerträge/-einzahlungen stehen für die Verwendung von zweckgebundenen Mehraufwendungen/-auszahlungen zur Verfügung.
- Besonderheiten gelten für Personalaufwendungen, Abschreibungen, interne Leistungsbeziehungen, Leistungen für den Eigenbetrieb Bauhof und Aufwendungen für den Ersatz von Festwerten sie sind jeweils in ihrer Aufwandsart produktübergreifend deckungsfähig.
- Die Bewirtschaftung der Budgets darf nicht zu einer Minderung des Saldos der Ein- und Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit führen.

§ 9

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen

Festlegung der Erheblichkeitsgrenze gem. § 83 GO NRW zur Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen:

- a) Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gelten als erheblich und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates, wenn sie über 25.000 € liegen.
- b) Unterhalb dieser Grenze sind alle über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlung dem Rat zur Kenntnisnahme vorzulegen.

§ 10

Wertgrenze für den Ausweis von Einzelmaßnahmen

Die Wertgrenze für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen im Teilfinanzplan B nach § 4 Abs. 4 Satz 2 GemHVO wird auf 50.000 € festgesetzt.

§ 11

Stellenplan

1. Im Stellenplan für Beamte ausgewiesene Stellen können auch mit Beschäftigten entsprechender Entgeltgruppen nach dem TVöD-V besetzt werden.
2. Im Stellenplan für Beschäftigte ausgewiesene Stellen können auch mit den Beamten entsprechender Besoldungsgruppe besetzt werden.
3. Besoldungs- und Entgeltgruppe bei einer Stelle entsprechen einander, wenn sie sich aus einer Bewertung der zugrunde liegenden identischen Stellenbeschreibung dieser Stelle ergeben. Stellen für Beschäftigte mit einer Bewertung nach Entgeltgruppe 1 bis 4 bzw. nach Besoldungsgruppe A 1 bis A 5 können nicht mit Beamten besetzt werden.
4. Abweichungen vom Stellenplan sind bei Beschäftigten nur zulässig, wenn sie sich durch eine zwingend erforderliche Änderung bei der Übertragung von Aufgaben aufgrund der Tarifautomatik des § 12 Abs. 2 Satz 1 TVöD-V eine andere als im Stellenplan ausgewiesene Eingruppierung ergibt.

2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2019 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen ist gemäß § 80 Absatz 5 GO NRW dem Landrat des Märkischen Kreises als untere staatliche Verwaltungsbehörde Lüdenscheid mit Schreiben vom 17.12.2018 angezeigt worden.

Der Haushaltsplan 2019 liegt zur Einsichtnahme vom Zeitpunkt der Bekanntmachung bis zum Ende der Auslegung des Jahresabschlusses 2019 gemäß § 96 Abs. 2 GO NRW während der Öffnungszeiten in der Kämmerei der Stadt Meinerzhagen, Altes Rathaus, Oststraße 5 in 58540 Meinerzhagen öffentlich aus und sind unter der Adresse www.meinerzhagen.de im Internet verfügbar.

3. Übereinstimmungsbestätigung:

Es wird bestätigt, dass der Wortlaut der vorstehenden Haushaltssatzung mit dem Ratsbeschluss vom 26.11.2018 des Rates der Stadt Meinerzhagen übereinstimmt und dass nach § 2 Abs. 1 und 2 der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung – BekanntmVO) vom 26.08.1999 in der z.Z. geltenden Fassung verfahren worden ist.

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Meinerzhagen vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Meinerzhagen, 14. 01. 2019

gez.
Der Bürgermeister

Nesselrath